

# WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

**DIE LINKE HESSEN**

**Wahlprüfsteine Cochlear Implant Verband Hessen-Rhein-Main e.V.**

- 1. Wie verbindlich ist derzeit die Hör-Barrierfreiheit in den Vorgaben für Schulneubauten und Sanierungen verankert? Was werden Sie tun, dies mit hoher Priorität umzusetzen?**

DIE LINKE Hessen erarbeitet derzeit einen Qualitätsrahmen für Schul(neu)bauten, der die Barrierfreiheit auch in der Ausstattung beinhaltet, um alle Schulen in die Lage zu versetzen, inklusiv arbeiten zu können.

- 2. Wie werden Sie sich für eine kontinuierliche Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen für Hör-Barrierfreiheit in hessischen Schulen durch die Schulträger einsetzen?**

Zusätzlich zur Schaffung eines verbindlichen Qualitätsrahmens für Schulgebäude werden wir entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und die Etablierung multiprofessioneller Teams in allen Klassenzimmern zeitnah umsetzen.

- 3. Was werden Sie tun, um die Schulen zukünftig in ausgewählten Räumen standardmäßig mit Übertragungsanlagen auszustatten und das Lehrpersonal für den Einsatz zu befähigen?**

Wir wollen Inklusion als festen Bestandteil der Lehrer\*innen aus- und Weiterbildung verankern. Teilhabeassistenzen müssen (besser) qualifiziert werden. Mit einer "Schule für Alle" stellen wir sicher, dass Inklusion an allen Schulen gelebt und umgesetzt wird und nicht wie bisher im gegliederten Schulsystem auf einige Schulformen abgewälzt wird.

- 4. Was werden Sie konkret für eine bessere Versorgung der Schulen mit Lehrkräften, pädagogischem Personal und Assistenzkräften tun?**

Statt Arbeitsverdichtung und Entgrenzung von Arbeitszeiten der Lehrkräfte wollen wir multiprofessionell aufgestellte Schulen, bei denen Lehrkräfte gemeinsam mit (sozial-) pädagogischen Fachkräften die Lern- und Bildungsprozesse gestalten. Wir wollen zusätzliche Lehrer\*innenstellen schaffen. Die Lehrkräfte sollen durch verstärkte Qualifizierung und Betreuung unterstützt werden. Ebenso darf es keine weiteren unbegründeten Befristungen von Beschäftigungen geben. Prekäre Arbeitsverhältnisse von Lehrkräften müssen beendet werden. Dies bedeutet auch, dass angestellte Lehrkräfte über einen TV-H Vertrag das komplette Jahr in der unterrichtsfreien Zeit bezahlt und angestellt werden. Um deutlich mehr Lehrkräfte ausbilden zu können müssen noch mehr Stellen für Lehrer\*innenausbildung an den Universitäten geschaffen werden.

Die „Schule für alle“ fördert Demokratie und Zusammenhalt. Sie verbessert die Bildung aller Kinder, weil an keiner Schule mehr von einer vermeintlich homogenen Lerngruppe ausgegangen werden kann und somit moderner, am einzelnen Kind orientierter Unterricht überall notwendig wird. Dies setzt eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und Ausstattung der Schulen voraus. Multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Förderlehrkräften, sozialpädagogischen, psychologischen und therapeutischen Fachkräften

sollen an allen Schulen miteinander arbeiten; Teilhabeassistenzen müssen besser qualifiziert werden. Der im hessischen Schulgesetz formulierte sog. Ressourcenvorbehalt bezüglich der Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen muss aufgehoben werden und der Schulträger für entsprechende Ausstattung sorgen.

- 5. Was werden Sie unternehmen, um die Möglichkeiten der einzelnen Schulen zu verbessern, eigenverantwortlich außerschulische Mitarbeitende z. B. studentische Hilfskräfte in den Bereichen Kunst, Sport und soziales Lernen zu gewinnen (nicht nur als Vertretungsreserve) und Lehrkräfte für die beschriebenen Aufgaben die erforderliche Zeit einzuräumen?**

Im Rahmen des Ganztagsausbaus ist es unerlässlich, außerschulische Kooperation einzugehen und die entsprechenden Angebote in den Schulalltag verbindlich einzubauen. Diese sind Teil eines rhythmisierten Ganztags und die Mitarbeitenden somit auch fester Bestandteil des Kollegiums.

- 6. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Studium der Sonderpädagogik (Uni Gießen seit dem Wintersemester 22/23) durch die Fachrichtung Hören zu ergänzen, um perspektivisch dem Mangel an Fachkräften in Hessen zu begegnen?**

Dies kann nur in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule geschehen, die die Studiengänge ja ausgestaltet. Wir sind aber sehr gern bereit, alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

- 7. Werden Sie den Ausbau der Studien-/Berufsberatung für behinderte Schulabgänger mit entsprechendem Personal vorantreiben?**

Ja, dies möchten wir.

- 8. Werden Sie sich für einen festen Etat für Inklusion an Fach- und Hochschulen einsetzen, aus dem z. B. Konzepte und Beauftragte für die Belange von Studierenden mit Hörbehinderung finanziert werden?**

Auch diesem Vorhaben stehen wir positiv gegenüber.

- 9. Wie werden Sie den Standard und die Nachrüstung von Übertragungsanlagen in Hörsälen und Seminarräumen voranbringen, einschließlich kompetenter technischer Betreuung? Wann soll damit begonnen werden?**

Was für Schulen gelten soll, muss natürlich auch für Hochschulen gelten. Entsprechende räumliche und bauliche Maßnahmen sind vom Land zu tragen.

- 10. Wie werden Sie sich für die standardisierte Ausstattung von Theatern, Museen, Kultur- und Bürgerhäusern u. a. öffentlichen Gebäuden mit der nötigen Übertragungstechnik einsetzen?**

Wir wollen den öffentlichen Raum für alle zugänglich machen. Alle öffentlichen Orte müssen Mindeststandards zur Barrierefreiheit und Inklusion entsprechen. Das gilt für den gesamten Nahverkehr, Bahnhöfe, Gehwege, Schulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen und alle anderen öffentlichen Begegnungsräume. Barrierefreiheit muss bei allen öffentlichen Baumaßnahmen zwingend umgesetzt werden.

- 11. Werden Sie bei öffentlichen und politischen Veranstaltungen hörgerechte Kommunikationshilfen standardmäßig bereitstellen?**

DIE LINKE bemüht sich, ihre Veranstaltungen und Publikationen barrierefrei zu gestalten, und beispielsweise Gebärdensprachdolmetscher bereitzustellen. Die Website der Fraktion im Hessischen Landtag ist auch in leichter Sprache und mit diversen Anpassungsmöglichkeiten zur Barrierefreiheit verfügbar. Unser [Programm zur Landtagswahl](#) gibt es ebenfalls in leichter Sprache.

Wir wollen Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Ausüben ihres Wahlrechts ermöglichen und zu einem selbstbestimmten Handeln befähigen. Dazu fordern wir eine barrierefreie Ausgestaltung aller Wahllokale.

Wir setzen uns außerdem für die Bereitstellung aller Hilfsmittel, einschließlich Schrift- und Gebärdendolmetschern sowie Untertitelungen in audio-visuellen Medien, in allen öffentlichen Bereichen bei vollständiger Kostenübernahme ein.

## **12. Werden Sie die vollständige Untertitelung in Fernsehsendungen und Internetangeboten (z. B. Übertragungen aus dem Landtag) vorantreiben?**

DIE LINKE Hessen fordert umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen, so auch in der Privatwirtschaft. Der Bund muss in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen und Selbstvertretungsorganisationen und Verbänden von Menschen mit Behinderungen darauf hinwirken, dass gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention die barrierefreie Zugänglichkeit und die barrierefreie Nutzbarkeit aller öffentlichen wie auch privaten Medienangebote für alle Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen ermöglicht. Dazu gehören Untertitelung, Gebärdensprachdolmetschung und Audiodeskription sowie Beiträge in Leichter Sprache im Fernsehen, Radio und im Internet. Dabei ist auch das Recht auf angemessene Vorkehrungen gemäß der UN-BRK zu garantieren. Auch wollen wir die Filmförderungen an den Grundsatz umfassender Barrierefreiheit binden und schrittweise alle Filme für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zugänglich und nutzbar gestalten. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

## **13. Was werden Sie dafür tun, dass ALLE Menschen, die medizinisch gleichermaßen gehörlos sind, auch im Sinne des LGIGG das Gehörlosengeld in Hessen erhalten werden?**

Nach langjährigem Drängen durch Verbände und LINKE hat Hessen seit 2021 endlich neben dem Blindengeld auch Mehrbelastungsausgleiche für Gehörlose und taubblinde Menschen eingeführt. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Ausgleichszahlungen deutlich erhöht und die gesetzliche Grundlage entfristet wird, um Rechtssicherheit für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen herzustellen.

## **14. Wie beseitigen Sie die offensichtlich diskriminierenden Regelungen im Gesetz zur Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderung in Hessen?**

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat bereits ... einen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderung (Drucksache 20/5474) eingebracht, um diese Regelungen zu ...

## **15. Wie stehen Sie zu unserer Forderung, allen Menschen mit dem Merkzeichen GL im Schwerbehindertenausweis und mindestens einem Grad der Behinderung GdB 80%, das Gehörlosengeld zu gewähren?**

Die LINKE Hessen befürwortet diese Forderung. In einem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drittes Gesetz zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 20/1612 zu Drucksache 20/1030 forderten wir beispielsweise, dass ein Anspruch auf Taubblindengeld für Personen gelte, die die Leistungsvoraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen und zusätzlich einen Hörverlust von mindestens 80 Prozent aufweisen.

**16. Was werden Sie konkret tun, um eine Nachbesserung des Gesetzes und dessen Umsetzung auf den Weg zu bringen?**

Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode mit weiteren parlamentarischen Initiativen diesbezüglich Druck auf die Landesregierung ausüben.

**17. Wie werden Sie verbesserte Möglichkeiten für hörbehinderte Menschen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu reisen, auf Ihre politische Agenda setzen?**

In unserem [Landesaktionsplan für Soziale Teilhabe und gegen Armut](#) haben wir umfassende Maßnahmen formuliert, um gesellschaftliche Teilhabe für alle sicherzustellen.

Dazu gehört, dass wir den öffentlichen Raum für alle zugänglich machen wollen. Alle öffentlichen Orte müssen Mindeststandards zur Barrierefreiheit und Inklusion entsprechen. Das gilt für den gesamten Nahverkehr, Bahnhöfe, Gehwege, Schulen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen und alle anderen öffentlichen Begegnungsräume.

**18. Was werden Sie tun, um eine spezielle Warnung von hörbehinderten Menschen in Beherbergungsstätten zu etablieren?**

Wir sind gerne bereit, alle notwendigen räumlichen, sachlichen und baulichen Maßnahmen finanziell im Haushalt zu berücksichtigen.

**19. Werden Sie sich für die dafür nötigen gesetzlich verbindlichen Vorgaben einsetzen?**

Ja.

**20. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Hör-Barrierfreiheit im Bereich Gesundheit und Pflege in den zuständigen politischen Gremien zum Thema zu machen?**

Das Thema Hör-Barrierfreiheit ist ein wichtiges Element bei der Verwirklichung von gesellschaftlicher Teilhabe für alle. Dafür haben wir als Fraktion im Hessischen Landtag in der vergangenen Legislaturperiode bereits viel getan. Die Einführung des Gehörlosen- und Taubblindengeldes gehört zu den Viele Forderungen, die DIE LINKE in Hessen als erste in den Landtag eingebracht hat.

Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist für die LINKE Hessen von besonderer Bedeutung. Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen Praxen scheitern. Daher wollen wir Barrierefreiheit in Bereich Gesundheit und Pflege verbindlich festlegen und dazu Fördermittel bereitstellen.

**21. Welche Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung im Bereich der Pflege in Hessischen Einrichtungen werden Sie in der kommenden Legislaturperiode anstreben?**

Wir haben einen [„Pflegeplan für Hessen“](#) vorgelegt, der alle Seiten – stationär und ambulant, Kranken- wie Altenpflege sowie die Angehörigenpflege – würdigt und gemeinsame, wie auch spezifische Verbesserungen vorschlägt.

Wir fördern alternative Wohngruppen, Pflege-Wohngemeinschaften und genossenschaftliche Unterstützungsstrukturen. Kommunen und kommunale Altenhilfeplanung müssen hier als Anbieter gestärkt werden. Wir wollen flächendeckend kommunale oder genossenschaftliche ambulante Gesundheitszentren in Verbindung mit Pflegeeinrichtungen und angedockten Pflegediensten. Pflegeeinrichtungen unterstützen wir bei Digitalisierung und Modernisierung - immer mit dem Fokus, dass Pflegekräfte und Menschen mit Pflegebedarf davon profitieren. Profitorientierte Konzerne haben in der Pflege nichts zu suchen. Wir unterstützen sensible Pflege,

die die besonderen Bedürfnisse von älteren Migrant\*innen, queeren Personen und suchterkrankten Menschen berücksichtigt.

Wir wollen ein Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege, damit auch pflegende Angehörige Pausenzeiten bekommen und die Nachteile im Erwerbsleben begrenzt werden. Wohnraum von Pflegebedürftigen muss, staatlich gefördert, barrierefrei umgebaut werden, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der Familie zu ermöglichen. Das Land muss sich an den Investitionen der Senior\*inneneinrichtungen beteiligen, auch um die Pflegebedürftigen und ihre Familien finanziell zu entlasten.

Pflegekräfte müssen entlastet, angemessen entlohnt und tarifvertraglich geschützt werden. Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Personalbemessung und Personalmindeststandards in allen Bereichen des Gesundheitswesens. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind zu kontrollieren und durchzusetzen. Die Einführung der 30-Stunden-Woche für Pflegekräfte bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in großen Schritten angegangen werden. Auszubildende brauchen gute Rahmenbedingungen, passgenaue Anleitung und dürfen keine Lückenbüsser des Fachkräftemangels sein. Hessen muss mehr für die Gewinnung von Lehrkräften an den Pflegeschulen tun. DIE LINKE Hessen setzt sich für die Schaffung entsprechender Instrumente ein, die eine Nachqualifizierung in bestehenden Arbeitsverhältnissen ermöglichen, insbesondere auch für Arbeitnehmer\*innen in der Leih- und Zeitarbeit.

Mindestens 300.000 Pflegekräfte in Deutschland wären bereit wieder in ihren Beruf zurückzukehren oder von Teilzeit in Vollzeit zu wechseln, wenn statt Arbeitshetze und Bürokratie vernünftige Löhne und Zeit für die Pflegebedürftigen im Mittelpunkt stünden. Sie wünschen sich Anerkennung für ihre beruflichen Leistungen. Heruntergebrochen auf Hessen stünden bei uns bis zu 40.000 Pflegekräfte für eine Rückkehr bereit. Die Lösung liegt also in der Abkehr der Ökonomisierung der Pflege und verbesserten Arbeitsbedingungen.

**22. Welche Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung im Bereich Reha und Nachsorge nach CI-Implantation werden Sie in der kommenden Legislaturperiode voranbringen?**

Hierzu haben wir noch keine abschließende Position. Gern möchten wir mit Ihnen diesbezüglich ins Gespräch kommen.

**23. Wie stehen Sie zur Stärkung der Beteiligung von Selbsthilfeverbänden an politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen?**

Die LINKE Hessen hält es für sehr wichtig die Perspektiven dieser Verbände einzubeziehen, da die Betroffenen am besten wissen, welche Probleme bestehen und wie diese zu lösen sein können. Deshalb müssen ihre Perspektiven unbedingt einbezogen werden.

**23. Werden Sie sich für einen Partizipationsfonds in Hessen einsetzen?**

Dem stehen wir durchaus offen gegenüber.

**24. Werden Sie uns als Betroffene zu Beratungen in Entscheidungsprozessen einladen?**

Ja, wir beteiligen an unserer Positionsfindung in allen Themenbereichen schon immer regelmäßig Verbände und Betroffenenorganisationen. Die Perspektive und Expertise von Betroffenen halten wir dabei für unerlässlich.

